

tem Promi, die selbst Geschichte geschrieben habe – ein Typ Politiker, „den es immer weniger in der

sion seinen Stempel aufgedrückt habe, betonte Pipa mehrfach. Mit der Feierstunde würdige man

gen, das Geburtstagskind. Auch Heiner Kauck, Vorsitzender des DRK-Kreisverbands Gelnhausen,

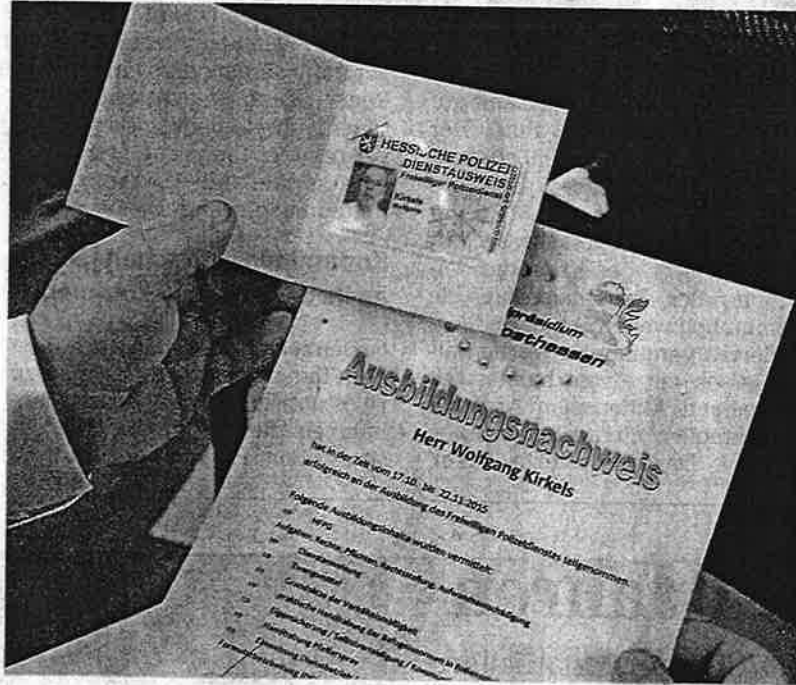
me löst. Wir Alten werden in ihnen Werte wiederfinden, für die wir ein Leben lang gestritten haben.“

Vom Erfolg überzeugt

Auch Kritiker freuen sich auf die neuen ehrenamtlichen Hilfspolizisten / Zuwendungsbescheid für IKZ

Linsengericht-Altenhaßlau (küm). „Als wir vor zehn Jahren mit dem freiwilligen Polizeidienst in Freigericht starteten, war ich ein Gegner dieses Projekts. Als Gemeindevertreter, aber auch als Polizist“, leitete gestern Freigerichts jetziger Bürgermeister Joachim Lucas seine Rede anlässlich der Indienststellung von 13 neuen ehrenamtlichen Hilfspolizisten ein. Inzwischen aber sei er von diesem Angebot überzeugt. Das einstige Pilotprojekt ist inzwischen in der Gemeinde etabliert – und es wird ausgeweitet. Als Form der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) kooperieren nun Freigericht, Linsengericht und Gelnhausen beim freiwilligen Polizeidienst. Dafür übergab Staatssekretär Werner Koch vom hessischen Innenministerium 75000 Euro an die drei Kommunen, neben denen gestern auch Wächtersbach, Brachtal, Mühlheim, Dietzenbach und Rödermark in Altenhaßlau neue Helfer willkommen hießen.

Auch Lucas' Amtskollege Thorsten Stolz aus Gelnhausen und Linsengerichts Erster Beigeordneter Helmut Blum betonten, dass es sich ihre Kommunen nicht leicht gemacht hätten, dem Projekt zuzustimmen. „Zuvorderst haben wir ein Interesse daran, dass die hessische Polizei allgemein und die Polizeistation Gelnhausen im Besonderen materiell und personell besser ausgestattet



Ausbildungsnachweis und Dienstausweis: Wolfgang Kirkels ist einer von elf neuen ehrenamtlichen Polizeihelfern.

FOTO: KÜMMEL

wird“, sagte Thorsten Stolz. Er sei aber auch so sehr Pragmatiker, dass er erkenne, wie positiv sich der freiwillige Polizeidienst auf die subjektive Sicherheit auswirke. Gerade etwa für den anstehenden Weihnachtsmarkt, für Schelmen- und Barbarossamarkt seien die freiwilligen Polizeihelfer ein Gewinn. Er bedankte sich vor allem bei Anton Korn von der Polizeistation Gelnhausen, der wichtige Aufklärungsarbeit betrieben habe und dadurch mit dafür Sorge ge-

tragen hat, dass der Beschluss der Stadtverordneten zum Projekt mit großer Mehrheit getroffen worden sei. „Das ist für die Akzeptanz des freiwilligen Polizeidienstes enorm wichtig“, sagte Stolz.

Polizeipräsident Roland Ullmann verteidigte das System. „Die Kriminalitätsstatistik der Region sei gesunken, die Aufklärungsquote gestiegen. „Grund dafür sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Polizei arbeitet, vor allem aber engagierte Mit-

arbeiter. Im Gesamtzusammenhang ist der freiwillige Polizeidienst ein wichtiger Baustein.“

Joachim Lucas aber erinnerte daran, dass die Helfer kein Ersatz für Polizeibeamte seien. „Wir brauchen Sie als Bindeglied zwischen der Polizei, den Verwaltungen in unseren Kommunen und den Bürgern.“ Er mahnte, dass nicht alle Einsätze leicht würden. „Sie werden keinen einfachen, aber einen sehr wichtigen Dienst für die Gesellschaft leisten. Durch Ihre Ausbildung haben Sie das nötige Rüstzeug mitbekommen.“ Staatssekretär Koch ergänzte: „Nach der Ausbildung kommt jetzt die Praxis, damit auch die Nervosität. Aber praktisches Handeln führt auch zu Handlungssicherheit.“

Im Polizeipräsidium Südosthessen, das den Landkreis Offenbach und den Main-Kinzig-Kreis umfasst, sind derzeit in 14 Kommunen 89 Polizeihelfer im Einsatz. Gestern übergaben Koch und Ullmann Dienstausweise an acht Helfer für Freigericht, Linsengericht und Gelnhausen. In diesen drei Kommunen sind somit nun 14 Helfer im Einsatz. Zwei neue Kräfte gibt es für Wächtersbach und Brachtal, die seit Mai in diesem Projekt interkommunal zusammenarbeiten und nunmehr neun ehrenamtliche Helfer beschäftigen. Zwei für Dietzenbach und Rödermark sowie eine für Mühlheim erhielten ebenfalls ihre Ausweise.

Euro jährlich. Im Gegensatz zu anderen Landkreisen werde die vom Land gewollte Besserstellung der Kommunen vom SPD-Landrat und seinem Schuldezernent ausgeholt, so die CDU. Wenn festgestellt werde, dass die Schulumlage nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechend kostendeckend erhoben werden müsse, die Kreisumlage im allgemeinen Kreishaushalt aber im gleichen Maße gesenkt werden solle, könne sich der Landrat nicht einfach darüber hinwegsetzen. Der Ansatz der Kreisumlage sehe zwar eine Senkung vor, aber nicht im erforderlichen Maße. Die so frei gewordenen Mittel würden anderweitig verwendet. Auf diese Art umgehe Pipa die Notwendigkeit, eigene Sparmaßnahmen vorzuschlagen. Der Landrat und Finanzdezernent habe offenbar vergessen, das zwischen kommunalen Spitzenverbänden und Land vereinbarte Eintaktverfahren zum Hebesatz einzubeziehen. Der in der Haushaltsatzung stehende Hebesatz von 38 Prozent hätte nach dieser Absprache noch einmal um die steigende Schulumlage gekürzt werden müssen. Schlimm sei, dass der Landrat an diesen Absprachen mit dem Land als Präsident des Hessischen Landkreistages teilnehme, sie jedoch selbst nicht umsetze. Hier werde den kreisangehörigen Kommunen jährlich ein Betrag von 10 Millionen Euro aus der Tasche gezogen. Die CDU-Fraktion stelle daher morgen den folgenden Antrag zur Abstimmung: Der Hebesatz zur Kreisumlage sei für 2016 unter Berücksichtigung des mit Land und Spitzenverbänden vereinbarten Eintaktverfahrens neu zu berechnen und in Paragraph 1 der Haushaltssatzung neu festzusetzen. Die Erhöhung des Hebesatzes zur Schulumlage sei genauer darzulegen, insbesondere die Erhöhung von 2015 auf 2016 zu begründen und zu erläutern.

DB 12.15 302